

Chronologie der österreichischen Sozialpartnerschaft seit 1945

1945	Gründung eines gemeinsamen Komitees zur Beratung dringlicher sozialpolitischer Probleme zwischen Wiener Handelskammer und Arbeiterkammer Wien
1945/1946	Gründung der Dachverbände Bundeswirtschaftskammer, Österreichischer Arbeiterkammertag (Bundesarbeitskammer), Österreichischer Gewerkschaftsbund, Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern
1947	Gründung einer ständigen gemeinsamen Wirtschaftskommission als erster Schritt zur Institutionalisierung
1947-1951	5 Lohn-Preis-Abkommen als erste freiwillige Vereinbarungen der Sozialpartner als Neuordnung der Lohn- und Preispolitik, beschlossen durch die Bundesregierung. Seit damals bis heute Garanten für eine maßvolle Lohnpolitik
1957	Errichtung der Paritätischen Kommission für Lohn- und Preisfragen auf Initiative von Bundeskanzler Raab und ÖGB-Präsident Böhm, Gründung des Preisunterausschusses
1958	Gründung des paritätischen Ausschusses für Kartellangelegenheiten
1960	Stabilisierungsabkommen der Paritätischen Kommission, Grundlage für einen elastischen Lohn- und Preisstopp
1962	Raab-Olah Abkommen der paritätischen Kommission: Gründung des Unterausschusses für Lohnfragen, Festlegung des Verfahrens, Bedingungen für die Inanspruchnahme von „Fremdarbeiterkontingenten“
1963	Gründung des Beirats für Wirtschafts- und Sozialfragen in der Paritätischen Kommission
1967/68	Einführung der Wirtschaftspolitischen Aussprache (mit OENB, WIFO), Gründung des Verbändekomitees durch BM Koren (mit OENB und BMF)
1972	Benya-Sallinger Stabilisierungsabkommen, um durch Lohn- und Preismäßigung Inflationserwartungen zu brechen.
1987	Teilnahme an der Arbeitsgruppe für europäische Integration, im Rat für Fragen der österreichischen Integrationspolitik
1989	Gemeinsame Stellungnahme „Österreich und die europäische Integration“
1990	Gemeinsames Konzept zur Pensionsversicherungsreform
1991	Gemeinsame Stellungnahme „Österreich und der Europäische Wirtschaftsraum“
1992	Reorganisation der Paritätischen Kommission, der Preisunterausschuss wird zum Wettbewerbs- und Preisunterausschuss, Gründung des Unterausschusses für internationale Fragen des Beirats für Wirtschafts- und Sozialfragen, Sozialpartnerabkommen neu mit erweiterten Zielbereichen

1994	Europaabkommen zwischen SPÖ und ÖVP: Gleichberechtigte Teilnahme der Sozialpartner an der österreichischen Entscheidungsvorbereitung und Entscheidungsfindung im Rahmen der EU, Einbindung in die österreichische Vertretung in Brüssel, anschließende Regelung in einem eigenen Bundesgesetz
Seit 1995	Einbindung in den europäischen Sozialen Dialog durch Übernahme von Spitzenfunktionen der europäischen Verbände durch österreichische Vertreter der Sozialpartnerschaft: EGB-Präsident Verzetnitsch, Eurochambres-Präsident Leitl, COPA-Präsident Schwarzböck, Euro-commerce-Präsident Bernert, UEAPME-Vizepräsidenten Bamberger und Toifl, Teilnahme an den europäischen Sozialpartnerübereinkünften zu Elternurlaub, Teilzeitarbeit und befristete Arbeitsverträge, Teilnahme am makroökonomischen Dialog und am tripartiten Sozialgipfel für Wachstum und Beschäftigung, Nominierung von Mitgliedern des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses.
1998	Kooperationsvereinbarung UEAPME-UNICE in Wien
2003	Umsetzung des Sozialpartnervorschlages zur „Abfertigung neu“
seit 2006	Bad Ischler Dialog der Sozialpartner, zu den Themen Arbeitsprogramme der Sozialpartner Chance Bildung Ein Soziales Europa Wege aus der Krise Wachstum Beschäftigung Integration Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf Arbeitsmarkt und Soziale Systeme Zukunft Europa (2012)
2007	Einbindung der Freien DienstnehmerInnen in die Sozialversicherung , Arbeitsmarkt Zukunft 2010: Jugendbeschäftigungspaket, schrittweise Öffnung des Arbeitsmarktes gegenüber den neuen EU-Staaten, Ausbildungsgarantie für junge Menschen vereinbart
2008	Soziale Absicherung durch Abfertigung Neu für Selbstständige, Anmeldung bei der SVA vor Arbeitsbeginn, Arbeitszeitflexibilisierung in Arbeitszeitpaket
2009	1000 € Mindestlohn für 40-Stunden-Vollzeitjobs, bald 1.300 € erreicht, Kurzarbeitsmodell für Krisenbewältigung, Arbeitslosenversicherung für Selbständige
2010	Konzept Schulverwaltungreform
2011	2 Bildungsgipfel mit der Bundesregierung Maßnahmenpaket zur Anhebung des faktischen Pensionsalters Lehrlingsförderung neu Umsetzung Rot-Weiß-Rot Card
2012	Weiterer Bildungsgipfel Bisher 85 Studien des Beirats für Wirtschafts- und Sozialfragen, zuletzt zum Thema Migration-Integration

